



Handreichung

# Datenanalysen zum Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.



# Einführung

Der frühe Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule prägt den weiteren Bildungsweg von jungen Menschen. Kommunen können mithilfe eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements Ungleichheiten beim Übergang transparent machen und geeignete Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit ergreifen.

Die Einflussfaktoren auf den Übergang sind vielfältig, so dass kommunale Untersuchungen an verschiedenen Aspekten ansetzen können: Mit kleinräumigen Analysen lassen sich Zusammenhänge zwischen der sozialen Belastung in einem Sozialraum und den dortigen Übergangsquoten aufdecken. Neben der sozialen Herkunft beeinflusst das vorhandene lokale Schulangebot und die geografische Lage von Schulen das Schulwahlverhalten von Eltern und ihren Kindern. Auf Ebene der Einzelschulen spielen die konkrete Übergangsgestaltung, die Empfehlungspraxis der Lehrkräfte und Merkmale der weiterführenden Schulen eine wichtige Rolle beim Übergang.

Um diese Strukturen näher zu untersuchen, können neben amtlichen Daten der Schulstatistik selbst erhobene Daten einen wichtigen Beitrag leisten. Die vorliegende Handreichung zeigt Möglichkeiten für kommunale Datenanalysen zum Übergang nach der Grundschule auf und gibt anhand von Praxisbeispielen Anregungen für die Umsetzung in der eigenen Kommune.



# Der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule

Der Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule markiert eine zentrale Weichenstellung für den weiteren Bildungsweg von jungen Menschen. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt muss über die zukünftige Schulform des Kindes entschieden werden, die den Zugang zu höheren Schulabschlüssen und die damit verknüpften Bildungschancen mitbestimmt. Die einmal getroffene Schulwahlentscheidung muss nicht endgültig den Bildungsabschluss festlegen. Durch spätere Schulformwechsel und der Mobilität zwischen Bildungsgängen können potentiell nachträgliche Änderungen vorgenommen werden. Auch der Erwerb von höheren Bildungsabschlüssen an beruflichen Schulen kann noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Dennoch wirkt der Übergang in das gegliederte Schulsystem der Sekundarstufe I nachhaltig auf den Bildungserfolg, so dass sich Ungleichheiten bereits zu einem frühen Zeitpunkt verfestigen können.

## Kommunale Handlungsmöglichkeiten

Kommunen können Bildungsungleichheiten am Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule entgegenwirken und dazu beitragen, dass Kinder die für sie passenden Übergangswege einschlagen. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung können Kommunen über Schulstandorte und -einzugsgebiete entscheiden. Sie verwalten das Schulbudget und können Ressourcen bedarfsgerecht einsetzen. Weiterhin können gezielt Stellen für die Schulsozialarbeit an Schulen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf geschaffen werden. Durch Informationsmedien für Eltern und Schüler/innen kann der Übergang transparenter gestaltet werden. In Kooperation mit den Landesschulämtern können abgestimmte Maßnahmen wie die Gestaltung von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte entwickelt werden. Mit der Initiierung und Koordinierung von schulformübergreifenden Netzwerken sowie der engen Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe können Schulentwicklungsprozesse unterstützt werden. Die Schaffung einer empirischen Grundlage durch das kommunale Bildungsmonitoring gemeinsam mit den Fachplanungen kann spezifischen Handlungsbedarf im Bereich des Übergangs sichtbar machen.

## Datenverfügbarkeit

Datenquellen zum Übergang nach der Grundschule finden sich innerhalb der kommunalen Verwaltung u. a. im Schulverwaltungsamt, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung oder den anderen Fachplanungen. Eine erste Anlaufstelle für Daten der amtlichen Schulstatistik bietet die »Kommunale Bildungsdatenbank«, die eine Auswahl an Kernindikatoren zum Übergang Grundschule – weiterführende Schule für die einzelnen Bundesländer bereitstellt. Um differenzierte Auswertungen vornehmen zu können, werden jedoch vor allem Daten auf Schulebene benötigt, die in Absprache mit dem jeweiligen Statistischen Landesamt oder vom Landesschulamt bezogen werden können. Darüber hinaus stehen länderspezifische Informations- und Schulportale zur Verfügung, die für Kommunen zugänglich sind und differenzierte Daten bereithalten (u. a. Portal »Schulstatistik Thüringen«, für Sachsen das Schulverwaltungsprogramm »SaxSVS« und die »Schuldatenbank Sachsen«). Daten aus eigenen Erhebungen können amtliche Schuldaten ergänzen. Sie sind immer dann sinnvoll, wenn



vertiefende Informationen zu bestimmten Themenbereichen und Individualdaten benötigt werden. Der von der Kultusministerkonferenz im Jahr 2003 beschlossene einheitliche Schülerkerndatensatz für die amtliche Schulstatistik basiert zwar auf Individualdaten und ermöglicht längsschnittliche Analysen von Bildungsverläufen, bisher ist er jedoch in den Bundesländern noch nicht flächendeckend umgesetzt worden (Mundelius 2019).

## Weiterführende Schulformen

Nach Beendigung der vierten Klassenstufe der Grundschule setzen Schüler/innen ihren Bildungsweg an einer weiterführenden Schule fort. Den Rahmen für den Übergang auf eine öffentliche weiterführende Schule schaffen die länderspezifischen Schulgesetze. Hier ist festgelegt, welche Schulformen im Bundesland angeboten werden, an welchen Vorgaben sich Schulformempfehlungen orientieren und welche Zugangsvoraussetzungen zum Besuch eines Gymnasiums bestehen. Neben dem direkten Weg zum Gymnasium können Schularten gewählt werden, die mehrere Bildungsgänge anbieten. Dazu zählen Schulformen mit zwei Bildungsgängen, die entweder zum Haupt- oder Realschulabschluss führen. In Sachsen zählt die Oberschule zu dieser Schulart, in Sachsen-Anhalt die Sekundarschule und in Thüringen die Regelschule. Schularten mit drei Bildungsgängen finden sich ebenfalls in diesen Bundesländern. So auch die Gemeinschaftsschule, die in Sachsen-Anhalt und Thüringen angeboten wird und in Sachsen im Jahr 2020 wiedereingeführt wurde. Die integrierte Schulform bietet neben dem Haupt- und Realschulabschluss auch den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an. Die Gesamtschule in integrativer oder kooperativer Form, die in Sachsen-Anhalt und Thüringen vorzufinden ist, eröffnet ebenfalls alle drei Abschlussoptionen.

Integrierte Schulformen geben Schulträgern die Möglichkeit, Schulen in dünn besiedelten Gebieten zu erhalten und ein differenziertes und wohnortnahes Schulangebot zu gewährleisten. Sie ermöglichen ein längeres gemeinsames Lernen der Schüler/innen und halten Laufbahnentscheidungen länger offen. So beginnt in der Regel an integrierten Schulformen erst ab der neunten Klassenstufe ein auf den angestrebten Schulabschluss ausgerichteter Unterricht. Durch den Ausbau von Schulen mit mehreren Bildungsgängen hat sich die enge Kopplung zwischen Schulart und Schulabschluss zunehmend gelockert. Die Zugangswege zum Erwerb des Abiturs sind vielfältiger geworden. Jedoch bildet an integrierten Schulformen, anders als beim Gymnasium, das Abitur nicht den Regelabschluss (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 146). Bezogen auf den Übergang in die Sekundarstufe II kann der Erwerb einer Studienberechtigung auch an beruflichen Schulen erfolgen. Dennoch überwiegen nach wie vor die Übergänge in die gymnasiale Oberstufe allgemeinbildender Schulen und das Gymnasium bleibt der häufigste Weg zum Abitur (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018, S. 96).

## Übergangsquoten

Die Übergangsquoten geben im Rahmen der Bildungsberichterstattung Aufschluss darüber, welcher Anteil der ehemaligen Grundschüler/innen auf die verschiedenen weiterführenden Schularten wechselt (DLR 2020, S. 115f.). Der größte Teil der Schüler/innen (43 Prozent) geht in Deutschland nach der Grundschule auf ein Gymnasium über, das nach wie vor die am häufigsten nachgefragte Schulform darstellt (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 110). Vergleichsweise stabil bleiben auch geschlechtsspezifische Unterschiede beim Übergang nach der Grundschule, bei denen Mädchen häufiger als Jungen in den gymnasialen



Bildungsgang wechseln. Kommunale Datenanalysen können aufzeigen, inwieweit diese Entwicklungen auch in der Kommune beobachtet werden können. Als Referenzwert bietet es sich an, die durchschnittlichen Übergangsquoten des entsprechenden Bundeslandes heranzuziehen. Die kommunalen Übergangsquoten können in ihrer Entwicklung betrachtet werden, um Veränderungen im Übergangsverhalten und Effekte durch die Einrichtung neuer Schulen oder Schulschließungen/-umwandlungen nachverfolgen zu können.

## Schulformempfehlungen

Dem Übergang auf die weiterführende Schule geht meist eine Schulformempfehlung der Grundschule in der vierten Klasse voraus. In der Mehrheit der Bundesländer ist diese Empfehlung nicht bindend. Das heißt, die endgültige Entscheidung für die weiterführende Schulform liegt bei den Eltern. In Sachsen und Thüringen wird die Bildungsempfehlung für den Besuch des Gymnasiums basierend auf den Noten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht erteilt. Falls der Notendurchschnitt von mindestens gut in den drei Fächern nicht erreicht wird, kann in Thüringen auch die Klassenkonferenz eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium aussprechen. Als weitere Option kann bei fehlender Gymnasialempfehlung eine Aufnahmeprüfung in Form eines Probeunterrichtes am Gymnasium durchgeführt werden. Im Freistaat Sachsen besteht bei fehlender gymnasialer Bildungsempfehlung die Möglichkeit, durch Bestehen einer schriftlichen Leistungserhebung am Gymnasium aufgenommen zu werden. In Sachsen-Anhalt werden dem Elternwillen keine Hürden entgegengesetzt. Eine automatische Bildungsempfehlung ist hier nicht vorgesehen, jedoch besteht das Angebot einer Schullaufbahnberatung durch die Grundschullehrkräfte.

Um zu überprüfen, inwieweit die Eltern der Schulformempfehlung folgen, können die Abweichungen zwischen den Empfehlungen und realisierten Übergängen untersucht werden (z. B. Landeshauptstadt Stuttgart 2019; Kreis Steinfurt 2019). Im Ennepe-Ruhr-Kreis konnte festgestellt werden, dass insbesondere den Gymnasialempfehlungen so gut wie alle Eltern gefolgt sind. Bei der Realschulempfehlung beträgt der Anteil noch etwa 90 Prozent. Am geringsten fällt die Übereinstimmung bei der Empfehlung für die Hauptschule aus. Eltern wählen im Ennepe-Ruhr-Kreis häufig das integrierte Schulsystem als Alternativangebot, da dieses potentiell auch den Erwerb höherer Bildungsabschlüsse ermöglicht (Ennepe-Ruhr-Kreis 2019, S. 61).

## Soziale Herkunftseffekte beim Übergang

Sowohl die Empfehlungen der Grundschulen als auch die Bildungsentscheidungen von Eltern weisen deutliche Zusammenhänge zur sozialen Herkunft auf. Sogenannte soziale Herkunftseffekte führen dabei zu Benachteiligungen von Kindern aus bildungsfernen Milieus gegenüber Kindern aus höheren Sozialschichten (z. B. Valtin 2020; Esser/Hoenig 2018). Eine Benachteiligung ergibt sich daraus, dass geringere Ressourcen und Unterstützungsmöglichkeiten im bildungsfernen Elternhaus tendenziell zu schlechteren Schulleistungen am Ende der Grundschule führen, die die Chance auf eine Gymnasialempfehlung verringern (primäre Herkunftseffekte). Eine weitere Benachteiligung resultiert aus dem unterschiedlichen Umgang der Eltern mit den Gymnasialempfehlungen. Eltern der höheren sozialen Schichten entscheiden sich aufgrund des Motivs des Statuserhalts auch dann häufiger für einen Gymnasialbesuch ihres Kindes, wenn es lediglich eine Empfehlung für eine niedrigere Schulform erhalten hat (sekundäre Herkunftseffekte).



Eine dritte Benachteiligung entsteht, wenn Kinder aus sozial schwachen Schichten selbst dann seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten, wenn sie vergleichbare Leistungen aufweisen wie Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern (tertiäre Herkunftseffekte).

Die Ergebnisse der IGLU-Studie 2016 ergaben, dass auch unter Kontrolle der kognitiven Fähigkeiten und der Lesekompetenz der Schüler/innen die Chance für eine Gymnasialpräferenz der Eltern für ihr Kind in der oberen Dienstklasse gut dreimal so hoch ist wie in der Klasse der (Fach-)Arbeiter (Hußmann u. a. 2017, S. 245f.). Ähnlich fiel das Ergebnis für die Gymnasialprognose der Grundschullehrkräfte aus. Die Chance, von der Lehrkraft als geeignet für ein Gymnasium angesehen zu werden, fiel bei Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern selbst bei gleicher Leistung wie bei Schüler/innen aus höheren Schichten deutlich geringer aus.

Die Einschätzung der Lehrkräfte ist deshalb so bedeutend, weil Eltern sich stark an der Grundschulempfehlung orientieren, auch wenn diese nicht bindend ist. Um die Empfehlungspraktiken der Grundschulen näher zu untersuchen, hat die Stadt Oberhausen in zusätzlichen Datenabfragen an den Grundschulen die Noten aller Fächer in der vierten Klasse und die jeweilige Übergangsempfehlung der Schüler/innen anonym abgefragt (siehe Praxisbeispiel S. 22). In der Datenauswertung zeigten sich deutliche Unterschiede der Schulformempfehlungen zwischen den Schulen innerhalb desselben Sozialraums sowie zwischen den Klassen innerhalb derselben Schule. Auf Basis der Ergebnisse erfolgte eine Auswahl von Pilotschulen, die mit wissenschaftlicher Unterstützung pädagogische Konzepte zur Verbesserung der Schulformempfehlungspraxis erarbeiten (Stadt Oberhausen 2019, S. 72).

## Elternbefragungen für vertiefende Informationen

Selbst erhobene Daten von Kommunen können amtliche Schuldaten ergänzen, da sie vertiefende Informationen liefern. Insbesondere der sozioökonomische Hintergrund der Familien lässt sich meist nur über den Weg der eigenen Befragung ermitteln und in Bezug zum Übergang des Kindes nach der Grundschule setzen. Bezogen auf die Grundschulempfehlungen und den tatsächlichen Übergängen kann danach gefragt werden, inwieweit sich diese von den ursprünglichen Elternwünschen unterscheiden. So kann eingeschätzt werden, wie Eltern vor dem Hintergrund ihrer Bildungsaspirationen mit den Schulformempfehlungen umgehen.

In der kreisangehörigen Stadt Herten werden jährlich alle Eltern befragt, deren Kind die fünfte Klasse einer weiterführenden Schule besucht. Die schriftliche Befragung fand erstmals 2017 mit Unterstützung der Ruhr-Universität Bochum statt und wurde als Teil des Projektes »Übergangsgestaltung von der Grundschule zur weiterführenden Schule« verstetigt. Mit der Befragung werden Informationen zum Schulwahlverhalten der Eltern gewonnen. Es werden zudem die von ihnen genutzten Informationsquellen zum Übergang und die Gründe für die Wahl der weiterführenden Schule erfragt. Die Ergebnisse der Befragung werden genutzt, um die vorhandenen Angebote der Stadt und der Schulen noch besser an die Wünsche und Bedürfnisse der Eltern anzupassen. Die Erhebung ergab, dass sich nahezu alle Eltern durch die bereitgestellten Informationsmöglichkeiten zum Schulübergang ausreichend informiert fühlen. Ergänzend zur Elternbefragung werden in Herten ebenfalls die Schüler/innen der fünften Klassen anhand eines Fragebogens zu Beginn und zum Ende des Schuljahres anonym befragt. Die Ergebnisse der Schülerbefragung geben einen Einblick in die persönliche Wahrnehmung des Übergangs sowie dem Wohlbefinden an der neuen Schule. Weiterführende Informationen zur Vorgehensweise der Stadt Herten bei den Befragungen, zu



den verwendeten Fragebögen und Checklisten können im Abschlussbericht (Stadt Herten 2019) sowie auf der Webseite des Projektes eingesehen werden: <https://www.uebergang.schule/project/befragungen> (Stand 14.12.2020).

Auch die Stadt Münster hat im Jahr 2017 eine Elternumfrage im Rahmen der Schulentwicklungsplanung durchgeführt (Stadt Münster 2018). Befragt wurden Eltern, die ihr Kind zum Schuljahr 2017/18 an einer weiterführenden Schule angemeldet hatten. Mit der Erhebung wurden Kenntnisse der Eltern über das bestehende Schulangebot sowie Schulwahlpräferenzen näher untersucht. Die Ergebnisse wurden genutzt, um das vorhandene Angebot des Schulträgers mit dem aktuellen Elternwillen abzugleichen. Der Fragebogen wurde in die in Münster gängigsten Sprachen an die Eltern verschickt. Abgefragt wurden u. a. die ursprünglich gewünschte sowie die tatsächlich besuchte Schulform des Kindes. Im Hinblick auf die Schulwahl zeigte sich, dass vor allem das Vorhandensein von Angeboten zur Berufs- und Studienorientierung an der weiterführenden Schule von den Eltern als sehr wichtig eingestuft wurde. Für alleinerziehende Eltern war das Betreuungsangebot an der Schule besonders relevant.

Eine Befragung aller Eltern der Viertklässler/innen an Grundschulen im Landkreis Osnabrück (siehe Praxisbeispiel S. 20) gab Impulse für die Entwicklung neuer Angebote. So wurde in Kooperation mit der Landesschulbehörde eine modulare Fortbildungsreihe für Lehrkräfte etabliert und ein Elternratgeber zur Unterstützung der Schulwahl herausgegeben. Alle genannten Elternbefragungen weisen hohe Rücklaufquoten auf. Daraus lässt sich ableiten, dass den betreffenden Eltern das Thema sehr wichtig ist und diese ihren Bedarf und ihre Anregungen gern einbringen. Eine wichtige Erfolgsbedingung für eigene Erhebungen im schulischen Kontext ist die frühzeitige Einbindung der Landesschulbehörde sowie der Schulleitungen bereits in der Planungsphase.

## Schulformwechsel

Ein Schulformwechsel zwischen den weiterführenden Schulen stellt für die betreffenden Schüler/innen ein einschneidendes Erlebnis in der Schullaufbahn dar und bedeutet gleichzeitig auch den Wechsel in eine neue soziale Umgebung. Ursprüngliche Übergangentscheidungen werden durch den Wechsel der Schulart oder des Bildungsgangs nachträglich angepasst. Mit der Quote der Schulartwechsel lässt sich das Ausmaß der Mobilität und die Durchlässigkeit im allgemeinbildenden Schulsystem einschätzen. Auf Grundlage der Schulstatistik ist es jedoch nicht möglich, die Mobilität innerhalb der Schulen mit mehreren Bildungsgängen abzubilden (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 111).

Die Wechselquoten zwischen den Schularten in der 7. bis 9. Jahrgangsstufe lagen im Schuljahr 2018/19 im bundesdeutschen Durchschnitt bei 2,5 Prozent (ebd.). Schulwechsel finden somit eher selten statt. Die meisten Schüler/innen verbleiben in der Schulform, für die sie sich im Anschluss an die Grundschule entschieden haben. Die Mehrheit der Schulartwechsel in der Sekundarstufe I sind mit einem Abwärtswechsel zu Schulformen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen verbunden. Gut die Hälfte aller Schulartwechsel betreffen Wechsel vom Gymnasium an eine sonstige weiterführende Schulart. Umgekehrt wechselt nur ein sehr geringer Anteil von Schüler/innen an ein Gymnasium (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 112). Die Landeshauptstadt Dresden hat im Rahmen ihrer Bildungsberichterstattung die Schulwechsel in Abhängigkeit des Wechselzeitpunktes untersucht. Hierbei zeigte sich, dass



Aufwärtswechsel von der Oberschule an ein Gymnasium etwas häufiger bereits in den Klassenstufen 5 und 6 vollzogen werden. Abwärtswechsel erfolgen hingegen häufiger in den Klassenstufen 7 bis 9 (Landeshauptstadt Dresden 2019, S. 248). Auch die Wechselquote aus und an die Förderschule kann mithilfe amtlicher Schuldaten näher betrachtet werden. Die Stadt Dresden kommt in ihrem Bildungsbericht 2019 zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Schüler/innen, die von einer Förderschule auf eine weiterführende Schule wechselten, deutlich höher ausfällt als umgekehrt (Landeshauptstadt Dresden 2019, S. 246).

In vertiefenden Untersuchungen kann analysiert werden, inwieweit ein Zusammenhang zwischen einem Schulwechsel und der vorhergehenden Schulformempfehlung besteht. Dabei interessiert insbesondere die Frage, ob sich hinter abwärtsgerichteten Schulformwechseln Schüler/innen verbergen, die mit einer niedrigeren Schullaufbahneempfehlung auf eine höhere Schulart gewechselt sind. Diese Informationen können in zusätzlichen Datenabfragen bei den weiterführenden Schulen gewonnen werden. In der Stadt Hagen (2018) wurden die Schulformwechsler/innen nach Jahrgang 5 und 6 sowie ihre vorherige Schulformempfehlung an den Schulen erfragt. Die Ergebnisse verdeutlichten, dass Wechsler/innen, die ein Gymnasium verließen, auch vorrangig keine Empfehlung für ein Gymnasium erhalten hatten. Die Stadt Hagen weist in ihrem »short report« aber auch darauf hin, dass es einem Großteil der Schüler/innen ohne entsprechende Schulformempfehlung gelingt, in der gewählten höheren Schulform zu verbleiben (Stadt Hagen 2018, S. 15).

Um die Stabilität von Bildungsverläufen und das Mobilitätsverhalten besser nachvollziehen zu können, werden Längsschnittdaten benötigt, um die individuellen Bildungswege über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS) wurden Bildungsverläufe bis sechs Jahre nach dem Grundschulübergang betrachtet. Ein Vergleich der Verläufe nach sozioökonomischem Status einer Schülerkohorte ergab, dass die Herkunft nicht nur den Übergang auf die weiterführende Schule prägt, sondern auch für den schulischen Verlauf von Bedeutung ist (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 115). Schüler/innen mit hohem sozioökonomischem Status wechseln trotz ihrer höheren Übergangszahlen auf das Gymnasium kaum häufiger in niedriger qualifizierende Bildungsgänge. Sie können somit ihre erreichte Position innerhalb des Schulsystems bis zum Ende des Sekundarbereichs eher behaupten.





# Kleinräumige Analysen

Mithilfe von kleinräumigen Analysen können Übergangsquoten und Schulformempfehlungen differenzierter betrachtet werden, z. B. nach Stadtbezirken, Sozialräumen, kreisangehörigen Kommunen oder auf Schulebene. Damit kann ein spezifischer kommunaler Handlungsbedarf im Übergang Grundschule – weiterführende Schule abgeleitet werden.

## Untersuchung von Segregation

Je nachdem wie stark das Schulsystem gegliedert ist, können die Übergangsquoten Hinweise darüber liefern, inwieweit der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule zur Segregation verschiedener sozialer Gruppen beiträgt (DLR 2020, S. 115). Einen Beitrag zur Entmischung von Schülerschaften leisten neben einem stark gegliederten Schulsystem die geografische Lage der Schulen, der Zuschnitt von Schulbezirken, elterliches Schulwahlverhalten und gewisse Selektionsmechanismen an Schulen.

Für tieferegehende Analysen werden Informationen zur sozialen Herkunft der Schüler/innen benötigt. Diese Individualdaten mit direkten Informationen zum sozioökonomischen Hintergrund der Schüler/innen und zur besuchten weiterführenden Schulart liegen jedoch selten vor. Vielmehr wird in kommunalen Bildungsberichten darauf hingewiesen, dass diese Angaben deshalb nicht genutzt werden können. Um dennoch Rückschlüsse auf Segregations-effekte ziehen zu können, kann eine Annäherung über die sozialräumlichen Rahmenbedingungen im Wohnumfeld der Schüler/innen erfolgen. Dazu werden aggregierte Bevölkerungsdaten genutzt, um Informationen zur sozialen Zusammensetzung im jeweiligen Sozialraum zu erhalten. Verschiedene Dimensionen sozialer Belastung (z. B. Arbeitslosenanteil, SGB-II-Quote, Anteil der Alleinerziehenden, Migrantenanteil) werden dabei zu einer Kennzahl zusammengefasst. Für die Sozialraumzuordnung wird, wenn möglich, die konkrete Wohnadresse der Schüler/innen verwendet. Alternativ kann der Sozialraum der Grundschulen als Proxy für die sozioökonomische Struktur der Bevölkerung genutzt werden (Jeworutzki/Schräpler 2019, S. 169). Der Grundschulstandort wird dann als Stellvertreter für den Wohnort der Schüler/innen angenommen, da davon auszugehen ist, dass eine Grundschule im direkten Wohnumfeld der Kinder liegt, die diese besuchen (Terpoorten 2014, S. 228). Zu beachten ist jedoch, dass auch bei festen Schuleinzugsgebieten ein Teil der Schüler/innen Grundschulen besucht, die außerhalb des zugewiesenen Einzugsgebietes liegen. Zudem besteht keine Übertragbarkeit auf Schulen in freier Trägerschaft, da diese meist kein wohnortnahes Einzugsgebiet aufweisen.

## Sozialraumbezogene Unterschiede

Eine bestehende Sozialraumtypologie lässt sich mit dem Übergangverhalten zu den weiterführenden Schulen in Beziehung setzen. Dabei kann überprüft werden, ob das Ausmaß sozialer Belastung in den jeweiligen Sozialräumen zu unterschiedlichem Bildungverhalten führt. Die Übergangsquote auf das Gymnasium bzw. der Anteil der Gymnasialempfehlungen wird hierbei oft als »Ankerquote« genutzt, da der Gymnasialbesuch eine zentrale Rolle beim Erwerb der allgemeinen Hochschulreife spielt. Kleinräumige Analysen in den Städten Hagen



und Dresden ergaben, dass die Empfehlungen für den Besuch eines Gymnasiums bei Schülerinnen und Schülern aus höher belasteten Sozialräumen niedriger ausfallen als bei Gleichaltrigen aus Sozialräumen mit geringer bildungsrelevanter Belastung (Stadt Hagen 2017, S. 21; Landeshauptstadt Dresden 2019, S. 239). Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch im Hinblick auf die tatsächlich realisierten Übergänge. In sozialräumlichen Untersuchungen wurden geringere Übergangsquoten zum Gymnasium in sozial belasteten Bezirken ermittelt (Landeshauptstadt München 2019, S. 118f.; Jeworutzki/Schräpler 2019, S. 172). In einer umfassenden Analyse konnte Terpoorten zeigen, dass mit zunehmender sozialer Belastung in den Stadtteilen der Ruhrgebietskommunen die Übergangsquote zum Gymnasium sowie der Waldorfschule bei gleichzeitigem Anstieg der Quoten zur Gesamt-, Haupt- und Förderschule abnimmt (Terpoorten 2014, S. 186). Auf Basis von sozialräumlichen Analysen können Risiken lokalisiert werden. Sie liefern wichtige Anhaltspunkte, um die Belastungsstrukturen in den betreffenden Sozialräumen zu verbessern, z. B. durch Maßnahmen im Bereich der Familien- bzw. Integrationsförderung (Stadt Hagen, 2017, S. 28). Diese könnten Übergangsprozesse von der Grundschule zur weiterführenden Schule positiv beeinflussen.

## Einfluss der Einzelschule

Im Rahmen von kleinräumigen Analysen werden Übergangsquoten und Bildungsempfehlungen auch nach Schulstandorten innerhalb desselben Sozialraums betrachtet. Auffallend ist hier, dass einzelne Grundschulen von dem beschriebenen Muster (hoher Belastungsgrad im Sozialraum führt zu geringeren Bildungsempfehlungen bzw. Übergangsquoten zum Gymnasium) abweichen. Es ließen sich innerhalb desselben Sozialraums deutliche Unterschiede zwischen den Schulstandorten feststellen (Landeshauptstadt Dresden 2019, S. 240; Stadt Oberhausen 2019, S. 70f.). Hier können die Ursachen für variierende Quoten nicht allein in der sozialen Belastung im Sozialraum liegen. Mitentscheidend bei den Motiven und Kriterien für die Schulwahl sind auch Merkmale der Schulen, z. B. das Vorhandensein einer eigenen gymnasialen Oberstufe (Neumann/Maaz 2019, S. 204) oder spezifischer Schulprofile (Forell u. a. 2019, S. 222). Auch der Umfang von Ganztagsangeboten an den Schulen kann eine Rolle bei der Schulwahl spielen. Mit der zunehmenden Öffnung von Bildungswegen und Abschlussoptionen rückt verstärkt die Wahl der weiterführenden Einzelschule in den Fokus (Neumann/Maaz 2019, S. 198). Profilierungen ermöglichen es den Schulen, sich im Wettbewerb um Schüler/innen und Ressourcen von anderen Schulen abzugrenzen (Forell u. a. 2019, S. 220). Dieser Wettbewerbsdruck kann zur Segregation von Schülergruppen beitragen. Forell u. a. (2019, S. 226f.) konnten in ihrer Untersuchung eine selektive Aufnahmepraxis von Gymnasien in freier Trägerschaft feststellen, die einen geringeren Anteil an Schüler/innen ohne Gymnasialempfehlung aufnahmen als »Sammelschulen« im offenen Wettbewerb. Daneben können auch sozialräumliche Zuliefernetzwerke zwischen Grundschulen und Gymnasien Ungleichheiten beim Übergang reproduzieren (Sendzik 2020, S. 31).

## Schulsozialindex und Unterstützungsbedarf der Schulen

Schulen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung der Schülerschaft. So gibt es Schulen, an denen sich sozial benachteiligte Schüler/innen konzentrieren (Groos 2015, S. 5). Damit verbundene Unterschiede in den Ausgangs- und Rahmenbedingungen der Schulen lassen sich mit einem Schulsozialindex abbilden, der einen objektiven Vergleich zwischen Schulen einer Region ermöglicht. Schulen mit erschwerten Bedingungen und erhöhten Unterstützungsbedarfen können auf Basis des Schulindex identifiziert werden.



Dadurch kann eine bedarfsorientierte Förderung der Schulen und gezielte Verteilung des kommunalen Schulbudgets erfolgen. Die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für besonders belastete Schulen zielt darauf ab, Effekte der Schülerzusammensetzung zu kompensieren und chancenausgleichend zu wirken (Stadt Oberhausen 2018, S. 3). Beispielsweise wäre die Berücksichtigung des Schulsozialindex bei der Vergabe von Stellen für die Schulsozialarbeit oder der Planung von pädagogischen Angeboten an den Schulen denkbar. Darüber hinaus könnte der Index im Entscheidungsprozess für neue Schulstandorte und der Festlegung von Klassengrößen herangezogen werden. Auch Daten zum Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen können vor dem Hintergrund eines Schulsozialindex ausgewertet werden (Stadt Hagen 2019, S. 6). Es ließe sich langfristig nachverfolgen, inwieweit eine gezielte Ressourcen- und Angebotssteuerung auf Basis des Index zu veränderten Ergebnissen bei den Übergangsquoten und Schulformempfehlungen führt.

Die Stadt Hagen nutzt einen Schulsozialindex für die öffentlichen Grundschulen, der den Unterstützungsbedarf der Schulen verdeutlicht. Er wurde auf Basis von drei Kennzahlen gebildet: Sozialraumzuordnung der Schülerschaft anhand ihrer Wohnortdaten, Schüleranteil mit Zuwanderungsgeschichte und Anteil der Familien mit nicht-deutscher Sprache (Stadt Hagen 2019, S. 2). Die Grundschulen wurden fünf Typen zugeordnet, die die unterschiedliche Zusammensetzung der Schülerschaft und die heterogenen Verhältnisse an Hagener Schulen widerspiegeln.

Die Stadt Oberhausen hat zur Generierung ihres Schulsozialindex für die Grundschulen Individualdaten der Schuleingangsuntersuchung und des Schulspiels genutzt (siehe Praxisbeispiel S. 22). Hierbei lieferte eine an die Schuleingangsuntersuchung angegliederte Zusatzbefragung, Informationen zum Anteil der Eltern mit niedrigem Bildungsniveau und Kindern mit Migrationshintergrund (Stadt Oberhausen 2018). Aus den Daten des Schulspiels wurde der Anteil der Schüler/innen identifiziert, die erhebliche Schwierigkeiten in schulrelevanten Bereichen (z. B. Sprache) haben. Für die Indexbildung wurden die Merkmale aus der Schuleingangsuntersuchung und dem Schulspiel auf Schulebene aggregiert. Im Ergebnis konnten zehn von 31 Oberhausener Grundschulen mit einer überdurchschnittlich benachteiligten Ausgangsbedingung identifiziert werden.

Weitere kommunale Beispiele und ein Überblick über verschiedene Schulsozialindizes geben Beierle u. a. (2019). In einem Werkstattbericht zum Modellvorhaben »Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor« werden von Groos (2015) zwei Verfahren zur Bildung von Sozialindizes für Grundschulen genauer beschrieben, die für Kommunen gut umsetzbar sind.

## Lokales Schulangebot und Entfernung zur Schule

Entscheidungen am Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule werden von dem regionalen Schulangebot und der Erreichbarkeit von weiterführenden Schulen beeinflusst. So spielt beispielsweise die Anzahl der Schulen einer Schulform in den jeweiligen Stadtgebieten und Gemeinden eine wichtige Rolle. Je größer z. B. das Angebot an Gymnasien ist, desto eher finden auch Übergänge zum Gymnasium statt (Jeworutzki/Schräpler 2019, S. 171). In ländlichen Gebieten fällt das Angebot an weiterführenden Schulen meist geringer aus als in Städten, so dass nicht immer alle Schulformen zur Verfügung stehen (Terpoorten 2014, S. 239). Beim Übergang auf das Gymnasium ist auch heute noch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle erkennbar (Sixt 2018, S. 110). Die Übergangsquoten weisen demzufolge einen



starken regionalen Bezug auf und spiegeln das jeweilige Schulangebot vor Ort wider (Ennepe-Ruhr-Kreis 2019, S. 58). In ländlichen Gebieten müssen meist deutlich längere Schulwege zu den höheren weiterführenden Schulen zurückgelegt werden. Die Entfernung zur Schule ist bei den Übergangentscheidungen mitentscheidend, da meist wohnortnahe Angebote bevorzugt werden. Auf Basis von Individualdaten aus der Studie »BildungsLandschaft Oberfranken (BiLO)« hat Michaela Sixt (2018) untersucht, ob bei der Wahl der Schulart die relative Entfernung der weiterführenden Schule eine Rolle spielt. Es wurde angenommen, dass für die Wahl des Gymnasiums nicht die absolute Entfernung relevant ist, sondern der im Vergleich zur nächstgelegenen Schulalternative zusätzliche Weg. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit zum Besuch eines Gymnasiums mit jedem Kilometer, den ein Gymnasium weiter als eine andere Schule im Sekundarbereich entfernt liegt, signifikant sinkt (Sixt 2018, S. 110). Stadt-Land-Unterschiede bei den Gymnasialbesuchen konnten bei Kontrolle der relativen Entfernungen nicht mehr beobachtet werden, so dass diese durch die räumliche Verteilung der weiterführenden Schulen erklärt werden können.

Infolge residentieller Segregation kann es zu einer geografisch induzierten Bildungsdisparität kommen, wenn eine räumliche Ungleichverteilung von Schulformen wie Gymnasien zuungunsten der benachteiligten Quartiere vorliegt (Terpoorten 2014, S. 239). Dadurch werden Kinder aus bildungsfernen Familien beim Zugang zu diesen Schulen benachteiligt. Bei ihnen fallen zeitliche und finanzielle Kosten bei längeren Schulwegen stärker ins Gewicht als bei bildungsnahen Familien. Allein die räumliche Nähe von höheren Schulformen kann die Übergangsquoten in benachteiligten Milieus positiv beeinflussen. Jedoch kann eine gute Erreichbarkeit sozialräumliche Unterschiede nicht komplett kompensieren (Terpoorten 2014, S. 265).

## Analyse der Schülerströme

Die geografische Lage und Verkehrsanbindung einer Kommune können zu unterschiedlichen Wanderbewegungen zu den weiterführenden Schulen führen – bis über die Gemeinde- und Kreisgrenzen hinaus. Durch eine Analyse der Schülerströme lässt sich untersuchen, ob Schüler/innen tatsächlich eine weiterführende Schule in der eigenen Gemeinde, in einer anderen kreisangehörigen Kommune oder außerhalb des Kreisgebietes besuchen und damit Fahrtwege in Kauf nehmen (Kreis Steinfurt 2018). Sehr anschaulich lassen sich die Schülerströme zwischen den einzelnen Kommunen grafisch darstellen, indem Pfeile unterschiedliche Übergangsströme zwischen den Kommunen abbilden (z. B. Ennepe-Ruhr-Kreis 2019, S. 43; Bildungsregion Südniedersachsen 2018, S. 36; Stadt Hagen 2017, S. 23). Die Breite der Pfeile veranschaulicht hierbei den Umfang und die Farbgebung die Art der Übergangsströme zu den weiterführenden Schulen, z. B. ein- oder auspendelnde Schüler/innen zum Gymnasium. Die Verflechtungen mit den angrenzenden Kommunen werden dadurch besonders gut sichtbar. Mit der Analyse von Übergangsströmen können wertvolle Erkenntnisse für die Steuerung von Schülerströmen und Optimierung von Schulstandorten gewonnen werden. Laut Bildungsreport des Ennepe-Ruhr-Kreises dürften im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zukünftig interkommunal enger abgestimmte Schulangebote und gemeinsame Schulkonzepte an Bedeutung gewinnen, um die Vielfalt, Attraktivität und Erreichbarkeit der Schulen sicherzustellen (Ennepe-Ruhr-Kreis 2019, S. 44).



# Strategien und Konzepte zur Übergangsgestaltung

In Kommunen können unterschiedlichste Maßnahmen für eine gelingende Übergangsgestaltung von der Grundschule zur weiterführenden Schule umgesetzt werden. Einen umfassenden Überblick zu kommunalen Strategien und Konzepten zur Übergangsgestaltung geben die Ergebnisse und Materialien aus dem Projekt »Schulen im Team« (Sartory u. a. 2018). Schwerpunkt der dritten Phase des Projektes war die Übergangsgestaltung von der Grundschule zur weiterführenden Schule, an der acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum von 2011 bis 2016 beteiligt waren. Die »Schulen im Team«-Netzwerke, bestehend aus Grundschulen und weiterführenden Schulen, wurden vom Bildungsbüro koordiniert und unterstützt. Auf der Projekthomepage »www.schulen-im-team.de« (Stand 14.12.2020) sowie im Praxisband 1 zum Projekt (Sartory u. a. 2018) sind die gemeinsam erarbeiteten Materialien zur Gestaltung des Übergangs verfügbar. Darunter befinden sich z. B. Tools zur Übergangsberatung, Gesprächsleitfäden zum Austausch zwischen Grundschule und weiterführender Schule, Produkte wie die Übergangsmappe 4/5 und ein Schulwegweiser.

In der kreisfreien Stadt Herten wurde, unterstützt durch die Wübben-Stiftung, von 2015 bis 2019 ein Projekt zur Übergangsgestaltung von der Grundschule zur weiterführenden Schule durchgeführt. Die verstetigten Maßnahmen können auf der Projekthomepage »https://www.uebergang.schule« (Stand 14.12.2020) sowie im Abschlussbericht des Projektes (Stadt Herten 2019) eingesehen werden. Sie beinhalten u. a. die Durchführung von gegenseitigen Hospitationen der Lehrkräfte, Schüler- und Elternbefragungen sowie ein Konzept zur Patenausbildung.

## Beispiele auf einen Blick

Kennzahlen/ Untersuchungs- gegenstand	Gliederungsebenen und Beispiele
<p>Übergangsquote von der Grundschule zur weiterführenden Schule</p> <p>Quote der Schulformempfehlungen für die weiterführende Schule</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Vergleich zum Landesdurchschnittswert</li> <li>▶ nach Schuljahr</li> <li>▶ Entwicklung im Zeitverlauf</li> <li>▶ nach soziodemografischen Merkmalen (z. B. Geschlecht, Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit)</li> <li>▶ auf Einzelschulebene (u. a. Spannweiten) <i>Bsp: Landeshauptstadt Dresden 2019</i></li> <li>▶ nach Stadtbezirk</li> <li>▶ nach Schulsozialindex</li> <li>▶ nach kreisangehöriger Kommune <i>Bsp: Ennepe-Ruhr-Kreis 2019; Landkreis Emsland 2017; Landkreis Wittenberg 2018</i></li> </ul>



Kennzahlen/ Untersuchungs- gegenstand	Gliederungsebenen und Beispiele
	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ nach Sozialraumtyp               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sozialraumzuordnung über Adresse der Schüler/innen oder Schulstandort</li> <li>- Vergleich zwischen Sozialraumtypen</li> <li>- Vergleich innerhalb eines Sozialraumtyps auf Einzelschulebene</li> </ul> </li> <li><i>Bsp: Landeshauptstadt Dresden 2019 (siehe Praxisbeispiel S. 18); Stadt Oberhausen 2019; Landeshauptstadt München 2019; Jeworutzki/Schräpler 2019; Stadt Hagen 2017; Terpoorten 2014; Landeshauptstadt Erfurt 2014</i></li> <li>▶ Abweichungen zwischen den Schulformempfehlungen und den tatsächlichen Übergängen               <ul style="list-style-type: none"> <li><i>Bsp: Ennepe-Ruhr-Kreis 2019; Landeshauptstadt Stuttgart 2019; Kreis Steinfurt 2019</i></li> </ul> </li> </ul>
Quote der Schulartwechsel	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ nach Herkunfts- und Zielschule (Wechselrichtung)</li> <li>▶ nach Klassenstufe (Wechselzeitpunkt)</li> <li>▶ Entwicklung im Zeitverlauf</li> <li>▶ nach soziodemografischen Merkmalen (z. B. Geschlecht, Migrationshintergrund, sozioökonomischer Hintergrund)</li> <li>▶ Verhältnis von Abwärts- und Aufwärtswechseln</li> <li>▶ nach Schulformempfehlung (Zusammenhang zwischen Schulformempfehlung und späteren Schulwechsel)</li> <li><i>Bsp: Landeshauptstadt Dresden 2019; Stadt Oberhausen 2019; Stadt Hagen 2018; Landkreis Wittenberg 2018</i></li> </ul>
Eltern- und Schüler- befragungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Befragungszeitpunkt: kurz vor/nach Übergang</li> <li>▶ soziodemografische Merkmale der Familien (z. B. sozioökonomischer Hintergrund, Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit)</li> <li>▶ Kriterien bei der Wahl der weiterführenden Schule</li> <li>▶ Gegenüberstellung von Wunschschulform, Grundschulempfehlung und tatsächlicher Schulform</li> <li>▶ genutzte Informationsquellen beim Übergang</li> <li>▶ Kenntnisse über das Schulangebot/-system</li> <li>▶ Einschätzung der Vorbereitung und Unterstützung durch die Grundschule /weiterführende Schule beim Übergang</li> <li>▶ Wunsch nach weiterer Unterstützung im Übergang</li> <li><i>Bsp: Stadt Herten 2019; Stadt Oberhausen 2019; Stadt Münster 2018; Landkreis Emsland 2017; Landkreis Osnabrück (siehe S. 20)</i></li> </ul>
Schulbezogene Merkmale	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Schulformempfehlungspraxis an den Grundschulen               <ul style="list-style-type: none"> <li>- nach soziodemografischen Merkmalen der Schüler/innen</li> <li>- Zusammenhang zwischen Schulnoten und Schulformempfehlung</li> <li>- Vergleich zwischen Schulen innerhalb eines Sozialraumes</li> <li>- Vergleich zwischen Klassen innerhalb einer Schule</li> </ul> </li> <li><i>Bsp: Stadt Oberhausen 2019 (siehe S. 22); Hußmann u. a. 2017</i></li> </ul>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Merkmale, Profile, Aufnahmepraxis der weiterführenden Schulen <i>Bsp: Forell u. a. 2019</i></li> <li>▶ Netzwerk- und Kooperationsstrukturen zwischen Schulen <i>Bsp: Sendzik 2020</i></li> </ul>
Schulsozialindex	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Zusammensetzung der Schülerschaft</li> <li>▶ Grad des Unterstützungsbedarfs der Einzelschulen <i>Bsp: Stadt Hagen 2019; Beierle u. a. 2019; Stadt Oberhausen 2018; Groos 2015</i></li> </ul>
Angebotsstruktur und Erreichbarkeit der weiterführenden Schulen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Zusammenhang zwischen Übergangsquoten und Anzahl der angebotenen Schulen einer Schulform</li> <li>▶ Zusammenhang zwischen Übergangsquoten und Entfernung der Schulform vom Wohnort der Schüler/innen (nach Sozialraum) <i>Bsp: Jeworutzki/Schräpler 2019; Sixt 2018; Terpoorten 2014</i></li> </ul>
Schülerströme zu den weiterführenden Schulen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Anteil der Schüler/innen (nach Schulform), die             <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Schule am Wohnort,</li> <li>- in einer anderen kreisangehörigen Kommune / einem anderen Stadtteil,</li> <li>- außerhalb des Kreisgebietes / der Stadt besuchen</li> </ul> <i>Bsp: Ennepe-Ruhr-Kreis 2019; Landeshauptstadt Stuttgart 2019; Bildungsregion Südniedersachsen 2018; Kreis Steinfurt 2018; Stadt Hagen 2017</i> </li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung

#### Weiterlesen:

- ▶ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2020): Bildung in Deutschland 2020. Bielefeld
- ▶ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2018): Bildung in Deutschland 2018. Bielefeld
- ▶ Beierle, Sarah/Hoch, Carolin/Reißig, Birgit (2019): Schulen in benachteiligten sozialen Lagen. Untersuchung zum aktuellen Forschungsstand mit Praxisbeispielen. Halle
- ▶ Bildungsregion Südniedersachsen (2018): Erster Bildungsbericht. Südniedersachsen. Göttingen
- ▶ DLR (Hrsg.) (2020): Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. Wiesbaden, Stuttgart und Bonn
- ▶ Ennepe-Ruhr-Kreis 2019: Bildungsfakten. Der Report zur Bildungslandschaft im Ennepe-Ruhr-Kreis 2019. Ennepe-Ruhr-Kreis



- ▶ Esser, Hartmut/Hoenig, Kerstin (2018): Leistungsgerechtigkeit und Bildungsungleichheit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Heft 3. Köln, S. 419–447
- ▶ Fickermann, Detlef/Weishaupt, Horst (Hrsg.) (2019): Bildungsforschung mit Daten der amtlichen Statistik. DDS. 14. Beiheft. Münster
- ▶ Forell, Matthias/Bellenberg, Gabriele/Brahm, Grit (2019): Das Gymnasium im Zuge fortschreitender Öffnung. In: Fickermann, Detlef/Weishaupt, Horst (Hrsg.) (2019), S. 215–233
- ▶ Groos, Thomas (2015): Schulsegregation messen. Sozialindex für Grundschulen. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung »Kein Kind zurücklassen!« Werkstattbericht. Gütersloh
- ▶ Hußmann, Anke/Wendt, Heike/Bos, Wilfried/Bremerich-Vos, Albert/Kasper, Daniel/Lankes, Eva-Maria/McElvany, Nele/Stubbe, Tobias C./Valtin, Renate (Hrsg.) (2017): IGLU 2016. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster
- ▶ Jeworutzki, Sebastian/Schräpler, Jörg-Peter (2019): Kleinräumiges regionales Bildungsmonitoring – Analysen mit amtlichen Zensus- und Schuldaten in Nordrhein-Westfalen. In: Fickermann, Detlef/Weishaupt, Horst (Hrsg.) (2019), S. 156–175
- ▶ Kreis Steinfurt (2019): Bildung gerecht gestalten. Bildungsbericht zur institutionellen Bildung im Kreis Steinfurt. Steinfurt
- ▶ Kreis Steinfurt (2018): Überblick Schülerströme. Steinfurt
- ▶ Landeshauptstadt Dresden (2019): 3. Dresdner Bildungsbericht 2019. Dresden
- ▶ Landeshauptstadt Erfurt (2014): Bildung in Erfurt 2014. 2. Erfurter Bildungsbericht. Erfurt
- ▶ Landeshauptstadt München (2019): Münchner Bildungsbericht 2019. München
- ▶ Landeshauptstadt Stuttgart (2019): Leben – Bildung – Schule in Stuttgart. Der Bildungsbericht der Landeshauptstadt. Band 2. Sekundarstufe I. Stuttgart
- ▶ Landkreis Emsland (2017): 3. Regionaler Bildungsbericht 2017 für den Landkreis Emsland. Meppen
- ▶ Landkreis Wittenberg (2018): 1. Kommunaler Bildungsbericht Landkreis Wittenberg 2017. Wittenberg





- ▶ Mundelius, Marco (2019): Der Kerndatensatz auf der Basis von Individualdatenerhebungen in der Schulstatistik. In: Fickermann, Detlef/ Weishaupt, Horst (Hrsg.) (2019), S. 38–45
- ▶ Neumann, Marko/ Maaz, Kai (2019): Nachfrageunterschiede zwischen weiterführenden Schulen und Zusammenhänge mit der Zusammensetzung der Schülerschaft. In: Fickermann, Detlef/ Weishaupt, Horst (Hrsg.) (2019), S. 197–214
- ▶ Sartory, Katharina/ Jungermann, Anja/ Hoefft, Maike/ Bos, Wilfried (2018): Kommunales Übergangsmanagement in der Praxis. Wie Kommunen und Schulen Übergänge gemeinsam gestalten können. Netzwerke im Bildungsbereich – Praxis. Band 1. Münster
- ▶ Sendzik, Norbert (2020): Zwischen Wandel und Stabilität. Die Rolle von Regionalen Bildungsbüros beim Abbau von Bildungsungleichheit. Kiel, Hamburg
- ▶ Sixt, Michaela (2018): Wahl der Schulart und Schulinfrastruktur. In: Sixt, Michaela/ Bayer, Michael/ Müller, Doreen (Hrsg.) (2018): Bildungsentscheidungen und lokales Angebot. Münster, S. 87–114
- ▶ Stadt Hagen (2019): short report: Steigender Unterstützungsbedarf an Hagener Grundschulen: Zur Entstehung des Schulsozialindex. Hagen
- ▶ Stadt Hagen (2018): short report. Schulformwechsler Jahrgangsstufe 5 bis 7. Schuljahre 2015/16 und 2016/17. Hagen
- ▶ Stadt Hagen (2017): short report. Übergang Grundschule – Sekundarstufe I. Hagen
- ▶ Stadt Herten (2019): Abschlussbericht des Projekts Übergangsgestaltung von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Herten
- ▶ Stadt Münster (2018): Bericht zur Elternumfrage 2017. Münster
- ▶ Stadt Oberhausen (2019): Oberhausener Bildungsreport 2019. Oberhausen
- ▶ Stadt Oberhausen (2018): Methodische Analyse: Bildung – Schulsozialindizes für Oberhausener Schulen. Oberhausen
- ▶ Terpoorten, Tobias (2014): Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet. ZEFIR Schriftenreihe Band 3. Bochum
- ▶ Valtin, Renate (2020): Eine Zwei ist eine Drei ist eine Vier. Über die mangelnde Vergleichbarkeit von Zensuren und die Problematik der Grundschul-Empfehlungen. Aktualisierter Beitrag aus Schule im Blickpunkt 2010. Heft 4

## Kleinräumige Betrachtung von Bildungsempfehlungen in Dresden

- ▶ Einwohner: 563.011 (31.12.2019)
- ▶ Fläche: 328 km<sup>2</sup>
- ▶ Gliederung: 64 Stadtteile
- ▶ Bundesland: Sachsen

Die Landeshauptstadt Dresden hat im Rahmen ihrer Bildungsberichterstattung wiederholt die von Grundschulen ausgesprochenen Bildungsempfehlungen für den Besuch der weiterführenden Schule kleinräumig betrachtet, um den Einfluss des sozialen Lernumfeldes auf die Bildungschancen der Schüler/innen in Dresden zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurde die stadträumliche Lage der Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft über ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Entwicklungsraumtyp mit den dort ausgesprochenen Bildungsempfehlungen in Beziehung gesetzt. Hierzu wurden die Dresdner Stadtteile zunächst fünf Entwicklungsraumtypen zugeordnet, welche die soziale Belastung des Stadtteils widerspiegeln. Mit zunehmender Belastungslage im Sozialraum der Grundschule sank die Wahrscheinlichkeit einer Bildungsempfehlung für das Gymnasium deutlich. So lag die Differenz bei den Anteilen der Gymnasialempfehlungen zwischen dem Entwicklungsraumtyp ohne soziale Belastung im Vergleich zum Typ mit sehr starker sozialer Belastung bei gut einem Viertel.

Neben dem Entwicklungsraumtyp wurden die Gymnasialempfehlungen zusätzlich auf Einzelschulebene und nach Stadtteilzugehörigkeit der Grundschule betrachtet und grafisch veranschaulicht (Landeshauptstadt Dresden 2019, S. 241). Es konnte festgestellt werden, dass der Anteil der Gymnasialempfehlungen innerhalb desselben Stadtteils bzw. Entwicklungsraumtyps zwischen den Schulstandorten variiert und dadurch ein differenzierteres Bild entsteht. So konnten Schulen mit deutlich unterdurchschnittlichen Anteilen an Schüler/innen mit Gymnasialempfehlung festgestellt werden. Diese Ergebnisse sind für die entsprechende Fachplanung und den Ressourceneinsatz sehr wertvoll. So werden die Gymnasialempfehlungen bei der Ermittlung des Schulindex für die Grundschulen berücksichtigt, welcher beispielsweise Grundlage der Verteilung des kommunalen Schulbudgets ist.

In der Landeshauptstadt Dresden wird das präventive Projekt »Familienklassenzimmer« gemeinsam mit dem Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung durchgeführt. Es wurde erfolgreich an einer Grundschule erprobt und auf weitere Schulen ausgeweitet.



Die teilnehmenden Grundschulen befinden sich in Stadtgebieten mit erhöhten sozialen Belastungslagen und hohen Falldichten in den Hilfen zur Erziehung. Einige dieser Schulen weisen sehr geringe Anteile an Gymnasialempfehlungen auf. Das »Familienklassenzimmer« ist ein zentraler Bestandteil der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie in Dresden. Mit dem jugendhilflichen Angebot wird der Herausforderung schuldistanzierten Verhaltens an Schulen begegnet. Das Projekt ist ein in den Schulalltag eingebundenes familienbezogenes Gruppenangebot und nutzt Methoden des systemischen Ansatzes der Multifamilientherapie. Die Ergebnisse der Projekt-Evaluation ergaben, dass das Angebot zur Umsetzung eines inklusiven Schulsystems beiträgt. Die sich abzeichnenden Schulwechsel bzw. Übergänge in das Förderschulsystem konnten überwiegend abgewendet und die Familiensysteme gestärkt werden. Das Projekt unterstützt zudem eine intensivere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.

**Kontakt:**

Bildungsbüro der Landeshauptstadt Dresden im Geschäftsbereich Bildung und Jugend,  
<https://www.dresden.de/bildungsbuero> (Stand 14.12.2020)

**Weiterlesen:**

Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2019): 3. Dresdner Bildungsbericht 2019. Dresden

Landeshauptstadt Dresden (2018): Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie der Landeshauptstadt Dresden.  
Vorlage V2182/18

Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2014): 2. Dresdner Bildungsbericht 2014. Dresden

Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2012): 1. Dresdner Bildungsbericht 2012. Dresden

## Elternbefragung im Landkreis Osnabrück

- ▶ Einwohner: 358.080 (31.12.2019)
- ▶ Fläche: 2.122 km<sup>2</sup>
- ▶ Gliederung: 34 Gemeinden mit 8 Städten
- ▶ Bundesland: Niedersachsen

Neben Daten der amtlichen Schulstatistik können selbst erhobene Daten von Kommunen weiterführende Informationen zum Übergang nach der Grundschule liefern. Die Bildungsregion Landkreis Osnabrück hat in Kooperation mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde in mehreren kreisangehörigen Kommunen Elternbefragungen zum Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule durchgeführt.

Die Befragungen in der Samtgemeinde Bersenbrück und der Stadt Melle im Jahr 2017 sowie eine Zufriedenheitsanalyse der Stadt Georgsmarienhütte 2019 hatten zum Ziel, elterliche Wünsche und Anregungen zum Übergang zu erheben, um diese in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigen zu können. Neben dem Schulabschluss, den die Eltern für ihre Kinder anstreben, wurde erfragt, wie sich die Eltern über die Angebote und Profile der Schulen informieren. Weiterhin wurde erhoben, welche Kriterien bei der elterlichen Wahl der weiterführenden Schule eine Rolle spielen und inwieweit weitere Unterstützung in diesem Entscheidungsprozess von den Eltern benötigt wird.

An den freiwilligen Befragungen nahmen etwa zwei Drittel der Eltern und Erziehungsberechtigten teil. Die Ergebnisse der Befragung ergaben, dass sich die Eltern mehr Informationen zum Übergang und zu den verschiedenen Schulformen wünschen. Sie äußerten außerdem den Bedarf nach stärkerer Unterstützung bei der Schulformwahl durch Lehrkräfte. Schulformempfehlungen werden in Niedersachsen von den Grundschulen nicht automatisch gegeben, was einigen Eltern zusätzlich die Wahl der künftigen Schulform erschwert. Es besteht jedoch die Möglichkeit, in zwei von den Schulen initiierten Beratungsgesprächen eine Empfehlung von der Lehrkraft zu erhalten. Diese ist jedoch nicht bindend.

Die Ergebnisse der Elternbefragung wurden in der »Kordinierungsgruppe Bildung« des Landkreises Osnabrück diskutiert und in den Ausschüssen und Gremien der beteiligten Kommunen vorgestellt. Mit der Landesschulbehörde Niedersachsen wurde das weitere Vorgehen abgestimmt und Angebote für Lehrkräfte und Eltern ausgebaut. Hierzu zählen Fortbildungen für die Lehrkräfte in Grundschulen zur Durchführung der Beratungsgespräche in Klasse 4, die zu einer modularen Fortbildungsreihe



ausgeweitet wurden. Die Modulreihe soll die Beratungskompetenz der Lehrkräfte fördern und stellt Hilfsmittel wie einen Gesprächsleitfaden und Kommunikationsmethoden zur Verfügung.

Für die Zielgruppe der Eltern wurde 2019 ein Elternratgeber zum Schulwechsel aufgelegt, der 2020 zusätzlich in leichter Sprache erschien. Der Elternratgeber bietet in gebündelter Form die wichtigsten Informationen zum Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule. Er enthält u. a. Beschreibungen zu den unterschiedlichen Schulformen in Niedersachsen, einen Zeitplan und wichtige Termine zum Übergang sowie Kontaktdaten der weiterführenden Schulen im Landkreis Osnabrück. Der Elternratgeber wurde von den Bildungsbüros des Landkreises an alle Grundschulen verteilt, so dass er Eltern als Entscheidungshilfe für die Wahl der weiterführenden Schule zur Verfügung steht. Um den Ratgeber weiter zu verbessern und zu überarbeiten, wird vom Landkreis online das Feedback von Eltern, Lehrkräften und Interessierten zur Broschüre eingeholt. Neben dem Elternratgeber zum Schulwechsel wird seit 2013 der Schulatlas für den Landkreis Osnabrück herausgegeben. Er gibt einen Überblick über alle allgemeinbildenden Schulen im Landkreis und beschreibt ihre Profile, Besonderheiten und Schülerzahlentwicklungen.

Geplant ist weiterhin, im Zusammenhang mit dem Übergang Grundschule – weiterführende Schule die Bedarfe des Kindes in den Fokus zu nehmen: Nach welchen Kriterien entscheidet sich ein Kind für eine Schule oder Schulform? Welche Hilfestellung und Informationen benötigt das Kind für die eigene Entscheidungsfindung? Wie kann der Übergang für das Kind gut gestaltet werden?

**Kontakt:**

Bildungskoordination Landkreis Osnabrück, Referat S - Strategische Planung  
Am Schölerberg 1  
49082 Osnabrück  
<https://www.landkreis-osnabrueck.de/fachthemen/bildung/bildungskoordination>  
(Stand 14.12.2020)

**Weiterlesen:**

Landkreis Osnabrück (Hrsg.) (2019): TSCHÜSS GRUNDSCHULE.  
Elternratgeber Schulwechsel. Der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule. Osnabrück

Landkreis Osnabrück (Hrsg.) (2019): Schulatlas 2018/2019. Grundlagen zur Schulstruktur im Landkreis Osnabrück. Osnabrück

## Stadt Oberhausen – Datenabfrage an Schulen

- ▶ Einwohner: 212.199 (31.12.2019)
- ▶ Fläche: 77 km<sup>2</sup>
- ▶ Gliederung: 6 Sozialräume und 27 Sozialquartiere
- ▶ Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Die Stadt Oberhausen nahm von 2011 bis 2018 am Projekt »Schulen im Team« teil. Im Zentrum des Projektes der RuhrFutur gGmbH und des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen stand die schulische Netzwerkarbeit zum Thema Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Zielsetzung war u. a. die Verbesserung der Übergangspraxis, die Verankerung von Standards zur Übergangsgestaltung und die Entwicklung von integrierten Übergangskonzepten in der Kommune. Mit Unterstützung des Bildungsbüros der Stadt Oberhausen arbeiteten 18 Grundschulen mit elf weiterführenden Schulen in lokalen Netzwerken zusammen. Zu den gemeinsam erarbeiteten Produkten zählt z. B. der Lehrersprechtag, bei dem sich Lehrkräfte der weiterführenden Schulen mit den ehemaligen Grundschullehrkräften der Schüler/innen zum Übergangsprozess austauschen.

Seit 2016 beteiligt sich die Stadt Oberhausen am Bundesprogramm »Bildung integriert«. Das Team Bildungsmonitoring unterstützte das Projekt »Schulen im Team« bei den Datenauswertungen. Anlass war ein Ergebnis des Oberhausener Bildungsplans, dass Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen zwischen den Grundschulen, selbst unter Berücksichtigung gleichartiger sozialer Einzugsbereiche, erheblich variieren. Vom Team Bildungsmonitoring wurden daraufhin zusätzlich zu den Übergangsquoten die Grundschulempfehlungen aus dem Gemeindedatensatz für Oberhausen ausgewertet. Da sich hierbei ebenfalls Auffälligkeiten zeigten, erfolgte gemeinsam mit der Schulaufsicht und dem Bildungsbüro eine detaillierte Datenabfrage bei den Grundschulen. Es wurden schülerscharf – aber anonym – die Noten aller Fächer der vierten Klasse und die jeweilige Übergangsempfehlung der Schüler/innen abgefragt.

Durch das Bildungsmonitoring wurden diese Daten aufbereitet und sozialräumlich sowie schul- und klassenscharf ausgewertet. Erste Ergebnisse wurden im Rahmen eines Fachtages zum Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I vorgestellt. Gemeinsam mit den wesentlichen Akteuren wurde über Kriterien für Übergangentscheidungen gesprochen. Im weiteren Verlauf fand auf Basis der Datenauswertungen eine Auswahl von Grundschulen statt, die mit wissenschaftlicher Unterstützung pädagogische Konzepte zur Verbesserung der Schulformempfehlungspraxis erarbeiten.



Die Abfragen der Schulformempfehlungen bei den Oberhausener Grundschulen werden jährlich zum Zeitpunkt des Halbjahreszeugnisses der vierten Klasse standardisiert durchgeführt. Parallel werden auch bei den weiterführenden Schulen anonyme Daten erhoben. Abgefragt werden die Schulformwechsler/innen nach der Orientierungsstufe (Klasse 6) sowie die Grundschulempfehlungen, um Zusammenhänge zwischen der ehemaligen Schulformempfehlung und dem späteren Schulformwechsel zu untersuchen. Der Oberhausener Bildungsreport 2019 fasst die wichtigsten Ergebnisse der Datenabfragen bei den Schulen zusammen. Ergänzt werden diese durch Ergebnisse der Familienbefragung zu den Übergangserfahrungen aus Sicht der Familien.

Nach einem Ratsbeschluss im Jahr 2017 wurde durch den Bereich Statistik/Bildungsmonitoring ein Schulsozialindex für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen entwickelt. Im Bereich der Grundschulen konnten Daten aus der Schuleingangsuntersuchung und dem Schulspiel für die Index-Bildung herangezogen werden. Die Indizierung der weiterführenden Schulen erfolgte über die sozialräumlichen Strukturen der Wohnorte der Schüler/innen. Perspektivisch könnte der Oberhausener Schulsozialindex, der die Ausgangsbedingungen der Schulen widerspiegelt mit den Schulformempfehlungen und Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen in Beziehung gesetzt werden. Damit ließe sich langfristig nachverfolgen, inwieweit eine gezielte Ressourcen- und Angebotssteuerung auf Basis des Schulsozialindex zu veränderten Ergebnissen führt.

**Kontakt:**

Bildung integriert, Stadt Oberhausen/Dezernat Familie, Schule, Integration und Sport  
[https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/familie-schule-integration-und-sport/bildung\\_integriert.php](https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/familie-schule-integration-und-sport/bildung_integriert.php) (Stand 14.12.2020)

**Weiterlesen:**

Stadt Oberhausen (2019) (Hrsg.): Oberhausener Bildungsreport 2019. Oberhausen

Stadt Oberhausen (2018) (Hrsg.): Methodische Analyse: Bildung – Schulsozialindizes für Oberhausener Schulen 08/2018. Oberhausen

Oberhausener Bildungsatlas, <https://www.oberhausen.de/atlas/Bildungsatlas> (Stand 14.12.2020)



## Impressum

Handreichung:  
Datenanalysen zum Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule  
Halle/Leipzig 2021

Copyright © 2021 Deutsches Jugendinstitut e. V.  
Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales Bildungsmanagement – TransMit

Witzgallstraße 2, 04317 Leipzig  
Telefon: 0341 9939230  
info@transferagentur-mitteldeutschland.de  
www.transferagentur-mitteldeutschland.de

Redaktion: Franciska Mahl, Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales  
Bildungsmanagement – TransMit, Autorin: Franciska Mahl, Titelfoto: wavebreakmedia/  
Shutterstock.com, Inhaltliche Verantwortung: Jenny Richter (TransMit)

Stand: Januar 2021